

Hauseigentümer können aufatmen

Politiker nehmen die Proteste ernst

Die in den letzten Wochen heiß diskutierte Erhaltungssatzung für die Waldsiedlung ist so gut wie vom Tisch.

VON RAINER SCHMIDT

Nachdem die Anwohner in einer Bürgerversammlung am 30. Mai massiv und einhellig gegen die Pläne protestiert hatten, zeichnet sich im Stadtrat eine breite Mehrheit gegen den Erlass einer die Hauseigentümer streng reglementierenden solchen Satzung ab. In der Ratsitzung am kommenden Montag wird das Vorhaben wohl endgültig gekippt werden.

Eine Erhaltungssatzung sei ein zu starker Eingriff in die Rechte der Hauseigentümer und komme dem Denkmalschutz sehr nahe, heißt es in einem gemeinsamen Antrag von CDU- und SPD-Fraktion, der die Redaktion gestern erreichte. Um baulichen Wildwuchs in der Siedlung zu vermeiden, reiche die vorhandene Gesetzgebung des Paragraphen 34 Baugesetzbuch zusammen mit einer moderaten Überarbeitung der vorhandenen Gestaltungssatzung aus.

Bereits in der vergangenen Woche hatte die Fraktion der Bürgerliste den Antrag gestellt, auf die Erhaltungssatzung in der Waldsiedlung zu verzichten, und auch die FDP erhob dies offiziell zur Forderung. Allerdings gehen die Vorstellungen der Liberalen weiter als die der anderen Fraktionen. Die FDP hat be-

antrag, grundsätzlich, und nicht nur in der Waldsiedlung, auf den Erlass von Erhaltungssatzungen zu verzichten.

Um baulichen Wildwuchs in der Waldsiedlung zu verhindern, hatte die zuständige Bezirksvertretung III im vergangenen November für die Erhaltungssatzung votiert, der Stadtrat allerdings stellte in seiner Dezembersitzung die Entscheidung zurück und beauftragte die Stadtverwaltung, die Anwohner der Waldsiedlung zunächst in einer Bürgerversammlung zu informieren und deren Meinung zu hören.

Moderate Überarbeitung

Die, so CDU und SPD in ihrem Antrag, sei am 30. Mai mehr als deutlich zum Ausdruck gekommen. „Ohne eine einzige Ausnahme“ hätten die Bürger der Erhaltungssatzung eine Absage erteilt. Etliche Anwohner seien der Meinung gewesen, das geltende Baurecht reiche als Reglementierungsinstrument aus, viele andere hätten sich zusätzlich für eine moderate Überarbeitung der bestehenden Gestaltungssatzung ausgesprochen.

Diesem Ansinnen haben sich die beiden großen Fraktionen nun angeschlossen und geben der Erwartung Ausdruck, „dass es bei dieser Überarbeitung zu einer bürgerfreundlichen, kooperativen Beteiligung der Anwohner kommt und das weitere Entscheidungsverfahren eine hohe Transparenz erfährt. Ziel soll es sein, einen möglichst breiten Konsens zu gewährleisten.“